

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagspreis
R. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

N: 123.

Donnerstag, 31. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Postamtstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier kommen
Sonnabend, den 2. Juni 1894,
Vorm. 10 Uhr,

1 Pferd (brauner Wallach), 1 Glas- und 1 Kleiderschrank, sowie 2 Stühle gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 29. Mai 1894.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Eckr. Eibam.

Tagesgeschichte.

Angesichts der beiden, in Plauen und in Pinnerberg, bevorstehenden Erbkawahlen zum Reichstage, bei denen die Gefahr eines Sieges der Socialdemokratie sehr groß ist, veröffentlicht die „Nationalliberale Correspondenz“ heute unter der Ueberschrift „Socialdemokratie und Anarchismus“ eine dringliche Mahnung, die in erster Linie an die nationalliberalen Wähler in beiden Wahlkreisen sich richtet, aber auch von allen anderen Elementen, die zu einer der Ordnungsparteien sich halten, beherzigt zu werden verdient. Die „N.-L.“ weist zunächst darauf hin, daß diese Gefahr lediglich deshalb eine so große ist, weil die nichtsocialdemokratischen Parteien nicht die Selbstüberwindung haben, dem alten gemeinsamen Feinde gegenüber sich zu geschlossener Abwehr zusammenzuschließen, und fährt dann fort: „In Plauen hat der bereits erfolgte erste Wahlgang sonnenklar bewiesen, daß bei einem derartigen geschlossenen Zusammengehen der bürgerlichen Parteien an das Obliegen des socialdemokratischen Kandidaten gar nicht zu denken wäre. Wie kommt es, daß man an dem, was selbstverständlich sein sollte, überhaupt zu zweifeln Veranlassung hat? Der Grund liegt einerseits in der durch eine maßlose Agitation bewirkten Verfeinerung der bürgerlichen Parteien unter einander, sodann aber in einer weit verbreiteten Täuschung über die Gefährlichkeit der Socialdemokratie, zu welcher man sich durch die Entwicklung einer besonderen anarchisierenden Richtung hat verleiten lassen. Vielfach ist man der Ansicht, daß das wirklich gefährliche revolutionäre Element in der Socialdemokratie durch den Uebertritt zu dieser Richtung ausgeschiede und daß in der socialdemokratischen Partei schließlich nur noch eine allerdings entschieden demokratische Arbeiterpartei zu erblicken sein werde. Bestärkt werden Viele in dieser Auffassung nicht nur durch die demonstrative Entrüstung, mit welcher die Socialdemokratie die anarchisierende Richtung von sich weist, sondern auch durch die Erbitterung, mit welcher die letztere die erstere bekämpft. Rein theoretisch genommen, besteht zwischen Socialismus und Anarchismus allerdings ein entscheidender Gegensatz, aber es wäre mehr als naiv, den Herren Liebknecht, Bebel u. s. w. glauben zu wollen, daß sie die Anarchisten lediglich wegen der theoretischen Differenzen über die Gestaltung der vereinigten neuen Gesellschaft, oder gar wegen ihres Absehens über die Dynamitverbrechen mit ihrer Feindschaft behänden. Rein, der wahre Grund der letzteren liegt lediglich darin, daß die Herren von der „Propaganda der That“ zu früh losgeschossen, daß sie denen, welche an der Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung interessiert sind, mehr und mehr die Augen darüber öffnen, wohin die revolutionären Wüstereien führen, und daß damit die Gefahr der Wiederherstellung scharferer Maßregeln auch gegen die Socialdemokratie heraufbeschworen wird. Deshalb das Weitabdrücken der Socialdemokraten von den Anarchisten. Wäre es möglich, daß sich das deutsche Bürgerthum durch dies Manöver täuschen und einschläfern ließe? Dem deutschen Bürgerthum kann das Aussehen des sogenannten Zukunftsstaates und der Streit der beiden Parteien über dasselbe herzlich gleichgültig sein; für das Bürgerthum hat allein Interesse, daß das nächste practische Ziel der Socialdemokraten wie der Anarchisten die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist. Unterscheiden thun sie sich dabei nur dadurch, daß die Socialdemokratie auf die planmäßig vorbereitete und mit den größtmöglichen Nachmitteln auszuführende Revolution hinarbeitet, während der ungeduldige Anarchismus sich in wahnwitzigen Einzelversuchen verpufft. Daß die Socialdemokratie weit gefährlicher ist, als der Anarchismus, ergibt sich daraus von selbst.“

Deutsches Reich. Der gestrigen Parade der Berliner Garnison auf dem Tempelhofer Felde wohnten außer dem Kaiser und der Kaiserin bei der König von Sachsen, Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen, Herzog Ernst Günther, Prinz und Prinzessin Albrecht von Preußen, Prinzessin Friedrich Leopold, der Kriegsminister, der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte, die übrigen fremden Militärbevollmächtigten und viele Andere. Der Kaiser führte

das Königin-Augusta-Regiment der Kaiserin und dem König von Sachsen vor. Der Kaiser soll sich zufrieden über die Leistungen der Truppen geäußert haben. — Der Kaiser und der König von Sachsen saßen zusammen im offenen Wagen zur Kaserne des ersten Garde-Dräger-Regiments. Ungefähr 10 Minuten vor 9 Uhr verließen beide Monarchen zu Pferde den Kasernenhof. Der König von Sachsen, der rechts vom Kaiser ritt, trug die Uniform seines zweiten preussischen Garde-Regiments mit dem Oranienband des Schwarzen Adlerordens. Beide Monarchen unterhielten sich lebhaft und dankten häufig für die jubelnden Zurufe der Menge. Hinter dem König ritt Prinz Johann Georg von Sachsen. Die Parade war überaus glänzend, das Wetter prächtig.

Der König von Sachsen erteilte Nachmittags fünf Audienzen, darunter dem Hofarzt Geh. Sanitätsrath Dr. Hoffmann, der seiner Zeit den an Kaiserin erkrankten Prinzen Friedrich August behandelte. Prinz Johann Georg machte am Nachmittag verschiedene Besuche. Abends wohnten die sächsischen Herrschaften der königl. Tafel bei und besuchten dann mit dem Kaiserpaar die Galaoper.

Der vielbesprochene Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Arbeitlosen bildete die Grundlage einer weiteren Anklage wegen Beleidigung des Polizei-Präsidenten, die am Mittwoch vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt wurde. Aus der Strafanstalt Plötzensee wurde der Anarchist, Schlosser Paul Hermann Pawlowicz vorgeführt, der zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe wegen verschiedener Vergehen gegen die öffentliche Ordnung verbüßt. Er ist beschuldigt, in einer großen Volksversammlung, die am 23. Januar in der Brauerei am Friedriehshain stattfand, schwere Beleidigungen gegen die Berliner Polizei ausgesprochen zu haben. Nach langer Beweisaufnahme und Zeugenernehmung constatirte der Vorsitzende des Gerichts, daß Pawlowicz das Recht der erlaubten Kritik überschritten. Der Angeklagte ersuchte mit Rücksicht darauf, daß er über die Vorgänge am 18. Januar unterrichtet war, wie dies Gefühl ja auch bei anderen Personen nach ihrer Behauptung zum Ausbruch gekommen sei, weniger strafwürdig. Die Strafe sei deshalb nur auf 14 Tage Gefängniß bemessen worden.

Die Freilassung der beiden vor zehn Tagen unter dem Verdacht der Spionage verhafteten französischen Architekten ist auf telegraphische Weisung des Oberreichsanwalt Tesfenborff in Leipzig erfolgt und zwar weil der von ihnen selbst erweckte Verdacht der Spionage keine ausreichende Unterstützung fand.

Die „Köln. Z.“ macht darauf aufmerksam, daß socialdemokratische Blätter schon seit längerer Zeit sich dazu hergeben, den Arbeitern Mittel und Wege anzugeben, wie sie sich betrügerischer Weise Unfallrenten verschaffen können. So liegt ihr eine Nummer der Fachschrift „Der Lämpfer“ vor, worin ausdrücklich gerathen wird, daß Arbeiter, die sich außerhalb des Betriebes einen Verlustbruch geholt haben, die Vorsicht beachten sollen, sich so lange der Klagen über Schmerzgefühl zu enthalten, bis bei einer außerordentlichen Kraftanstrengung die passende Gelegenheit dazu geboten sei; nur bei dieser Vorsicht werde es dem Arbeiter gelingen, in den Besitz einer Unfallrente zu gelangen. „Wir möchten doch“, so fährt die „Köln. Z.“ fort, „die socialdemokratischen Blätter dringend mahnen, wenn sie auch sonst nicht auf Treue und Glauben Gewicht legen wollen, wenigstens in derartigen Fragen sich von dem Boden der Ehrlichkeit nicht zu entfernen. Den eigentlichen Schaden werden ausschließlich die Arbeiter tragen, und zwar nicht bloß die einzelnen Arbeiter, die thöricht und gewissenlos genug sind, auf derartige betrügerische Handgriffe hereinzufallen, und demnach wohl in einer für sie sehr empfindlichen Weise von dem Strafrichter herangezogen werden, sondern vor Allem die Gesamtheit der Arbeiter, die, wenn derartige Betrübereien häufiger vorkommen und festgesetzt werden, das Reichsversicherungsamt in die unerfreuliche Lage bringen, mit geringerem Wohlwollen und gerechtfertigtem Mißtrauen die Anträge verunglückter Arbeiter auf Bewilligung von Unfallrenten zu prüfen.“

Oesterreich-Ungarn. Das harte Urtheil im Klausenburger Memorandum-Prozess welches für einige der bejahrteren Rumänenfürher d. s. Ende ihrer politischen Thätigkeit bedeutet, hat, wie man aus Bukarest schreibt, in Rumänien eine allgemeine Erbitterung hervorgerufen und bereits zu einer bedauerlichen Ausschreitung der Bukarester Studenten Anlass gegeben. Nachdem dieselben bereits am Sonnabend spät Abends mit Fackeln durch die Stadt gezogen waren und vor dem Hause der Kulturliga und eines in Bukarest wohnenden angesehenen Rumänenfürhers Sympathieumgebungen veranstaltet hatten, begaben sie sich Tags darauf nach einem vor Bukarest liegenden Orte Tei, wo, wie sie erfahrend hatten, ein ungarischer Gesangsverein ein Zusammensein veranstaltet hatte. Da der Verein des schlechten Wetters wegen seine kostbare seidene Fahne nicht mit herausgenommen hatte, zwangen einige der Studenten den Vorsitzenden, einen älteren Herrn, mit ihnen nach Bukarest zurückzufahren und ihnen die Fahne auszuliefern, mit der sie dann nach Tei zurückkehrten. Der ganze Zug der Studenten fuhr dann in die Stadt und beschimpfte vor der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft die dem Verein entführte Fahne, welche in Fegen zerissen wurde. Damit noch nicht genug, zogen sie vor das Denkmal Michael des Tapferen gegenüber der Universität und verbrannten dort unter lärmenden Rufen, was noch von der ungarischen Fahne übrig geblieben war. Wenn der Vorfall auch keine bedeutenderen politischen Folgen haben wird, so zeugt er doch von der starken ungarfeindlichen Stimmung des Landes, die in den Reihen der jugendlichen Dichtkölpe diesen unheimlichen Ausbruch gefunden hat. — Montag Abend versammelte sich die rumänische Studentenschaft in der Universität und zog von dort nach der deutschen, französischen und italienischen Poststadt, woselbst Dankfestumgebungen wegen der wohlwollenden Besprechung des Memorandumprozesses in der Presse der genannten drei Länder stattfanden. Die aus mehreren tausend Bürgern und Studenten bestehende Menge zog unter Musikklängen und Fackelbeleuchtung durch die ganze Stadt.

Frankreich. Das neue Ministerium Dupuy hat sich endlich gebildet. Es soll nun doch kein radicales Cabinet, auch kein Zusammenschließungsministerium sein, sondern die Wege Casimir Perier's fortsetzen. Warum dieser dann gestürzt worden ist, diese Frage zu beantworten unterläßt man wohlweislich in den Berichten, die von der Scene kommen. Was man von der Lebensfähigkeit dieses neuen Ministeriums Dupuy zu halten hat, ergibt sich schon aus der Haltung der Radikalen. Diese sind während „Lanterne“ beschuldigt Carnot, er habe es mit der beabsichtigten Verurteilung der Radikalen gar nicht ernst genommen, sondern diese an der Nase herumgeführt. Die Partei hielt gestern eine Versammlung ab, die nach heftigen Reden gegen Carnot und Dupuy folgende Erklärung beschloß: Die radicales Gruppen erklären, daß sie nur ein Cabinet unterstützen werden, das nach den Vorschriften des Parlamentarismus gebildet und entschlossen ist, jene Politik der Ruierungen fortzusetzen, für die sie bereit bleiben, die Verantwortung zu übernehmen. Dagegen äußern sich die gemäßigten Blätter sehr befriedigt über das neue Ministerium und constatiren, daß sämtliche Mitglieder desselben in der Sondatatsfrage für das Ministerium Casimir Perier gestimmt haben.

Bulgarien. Die Ministerkrise erregt allwärts viel Aufsehen. Bei der eminenten Persönlichkeit Stambulows kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es ein Schritt von außerordentlicher Tragweite für die ganze Zukunft Bulgariens ist, wenn Fürst Ferdinand seinen langjährigen ersten Berather seines Amtes entläßt. Es ist nicht unmöglich, daß sich an diesen Ministerwechsel ein völliger Systemwechsel knüpft, daß auch in Bulgarien ein neuer Kurs eingeschlagen wird, der zum alten Kurs in einem scharf ausgesprochenen Gegensatz steht. Es ist zumal nicht ausgeschlossen, daß der ehemalige Ministerpräsident Stambulow nach seiner Resignation zu dem „neuen Kurs“ nach berühmten Mustern in eine Art „Fronte“ tritt, welche für die ruhige Weiterentwicklung Bulgariens eine latente Gefahr enthält. — Von diesem